Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis halbmonatlich 65 Pfennig frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr monatlich 1.50 Mk. :: Einzelnummern 10 Pfg. Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtssparkasse Neuenbürg Zweigst. Wildb. :: Bankkonto: Enztalbank Komm.-Ges. Häberle & Co. Wildbad. :: Postscheckkonto Stuttg. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum im Bez. Grundpr. 15 Pfg., außerh. 20 einschl. Ins.-Steuer. Reklamezeile 40 Pfg. :: Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Auskunfterteilung werden jeweils 10 Pfg. mehr berechnet. :: Schluß der Anzeigennahme tägl. 8 Uhr vorm. :: In Konkursfällen od. wenn gerichtl. Beitreibung notw. wird, fällt jede Nachlaßgewähr. weg.

Druck, Verlag u. Hauptschriftleitung Theodor Gack. Für den lokalen Teil verantwortl. Karl Th. Flum in Wildbad

Nummer 71 | Fernruf 179 | Freitag, den 26. März 1926 | Fernruf 179 | 61. Jahrgang

Ergebnis der Arbeitszeitkonferenz

Die Bedeutung der Arbeitszeitkonferenz, die vom 15. bis 18. März in London stattfand, wird man nur dann richtig würdigen können, wenn man den letzten Zweck des Washingtoner Arbeitszeitabkommens klar erkennt. Nicht um Sozialpolitik handelt es sich in erster Linie bei der internationalen Regelung der Arbeitszeit; die Sozialpolitik ist vielmehr nur ein Mittel, die Wettbewerbsbedingungen der einzelnen Staaten auf einen möglichst gleichen Nenner zu bringen und Faktoren eines sozialen Dumpings zu beseitigen. Bereits bei Entstehung des Abkommenentwurfs für den Achtstundentag war Konkurrenzangst die Haupttriebkraft. Die Angst vor der deutschen Arbeit spricht aus allen Forderungen, die in den letzten Jahren für die Ratifikation des Washingtoner Abkommens vom Ausland erhoben worden sind. Wohl sucht man durch Friedensdiktat und Dawes-Abkommen den deutschen Reparationsschuldner auszupressen, um aber dann die Folgen dieser Politik durch Zollmaßregeln oder Hemmungen der deutschen Produktionskraft wieder auszuschalten. Es war eine der wichtigsten Aufgaben des deutschen Arbeitsministers bei den Londoner Besprechungen, die eine Interpretation des Washingtoner Abkommens bezweckten, auf diesen Widerspruch hinzuweisen und eine den deutschen Interessen entsprechende Regelung herbeizuführen. Nach dem Ergebnis der Konferenz scheint die deutsche Politik einen beachtenswerten Erfolg davongetragen zu haben.

Es besteht Einverständnis darüber, daß das Washingtoner Abkommen auf alle gewerblichen Betriebe anzuwenden ist. Ausgenommen bleiben die sogenannten Familienbetriebe. Was im einzelnen unter dieser Ausnahme zu verstehen ist, bleibt der einzelstaatlichen Gesetzgebung vorbehalten. Der Begriff „Arbeitszeit" wurde dahin interpretiert, daß er nur die Zeit umfaßt, in der der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber (mit Ausnahme der Pausen) zur Verfügung steht. Das ist vor allem für Frankreich von größter Bedeutung, da die französische Gesetzgebung lediglich die „effektive", d. h. den Arbeiter voll beanspruchende Arbeitszeit unter die Vorschriften des Achtstundentages fallen läßt. Nach Artikel 5 des Washingtoner Abkommens können für Saisongewerbe Vereinbarungen getroffen werden, nach denen die Arbeitsdauer den wechselnden Bedürfnissen des Gewerbes angepaßt wird. Bei einer Arbeitszeit, die innerhalb einer längeren Periode im Durchschnitt 48 Wochenstunden beträgt, können also bei der Hochkonjunktur 9—10 und dafür in der stillen Zeit 6—7 Stunden gearbeitet werden. Ein Erfolg der deutschen Bemühungen war es nun, daß auch das Baugewerbe diese Ausnahmeregelung erhalten darf. Besondere Schwierigkeiten bietet eine internationale Festlegung des Begriffs „Arbeitsbereitschaft"; man konnte sich daher auch nur darauf einigen, daß dieser Begriff „nicht zu weit ausgelegt" werden darf. Im einzelnen soll er nur Anwendung finden auf Personen, deren Arbeit nicht in der Gütererzeugung im engen Sinne dient und deren Beschäftigung ihrer Art nach lange Zeitabschnitte umfaßt, in denen von den Arbeitern weder eine wirkliche Arbeit noch eine angestrengte Aufmerksamkeit verlangt wird.

Nach Artikel 6 des Washingtoner Abkommens können vorübergehende Ausnahmen vom Achtstundentag bei „außergewöhnlicher Häufung der Arbeit" gestattet werden; in diesem Fall müssen die Ueberstunden mit 25 v. H. Lohnzuschlag bezahlt werden. Eine bestimmte Höchstgrenze der möglichen Ueberstunden ist auch in London nicht festgesetzt worden, sie bleibt dem Ermessen der einzelnen Länder völlig überlassen. Die 48-Stunden-Woche erfaßt also nur die 6 Arbeits- (Wochen-) Tage. Theoretisch besteht die Möglichkeit, daß am Sonntag in Betrieben, in denen auch Sonntags die Beschäftigung notwendig ist, länger als acht Stunden gearbeitet wird. Durch diese Vereinbarung wird ein gewisser Ausgleich für die deutsche Konzession geschaffen, daß die Eisenbahnen als Gewerbe ohne ununterbrochenen Betrieb betrachtet werden sollen. Der deutsche Arbeitsminister hatte sich scharf gegen diese Regelung ausgesprochen, da die deutschen Eisenbahnen auch am Sonntag den vollen Wochentagsverkehr aufrechterhalten, während in England eine erhebliche Einschränkung des Betriebes stattfindet. Schließlich ist die Starrheit des Achtstundenprinzips auch dadurch etwas gelöst, daß die Nachholung der infolge von Feiertagen ausgefallenen Arbeitszeit gestattet ist.

Zu den Bestimmungen des Washingtoner Abkommens, die im Vordergrunde zwischenstaatlicher Auseinandersetzungen standen, gehört vor allem Artikel 14, nach dem „die Bestimmung des Uebereinkommens in jedem Lande im Kriegsfalle oder anderer die Landessicherheit gefährdender Vorkommnisse durch die Regierung aufgehoben werden können." Während auch in London die englische Regierung auf einer sehr engen Auslegung dieser Bestimmung verharrte — worüber es beinahe zu einem Scheitern der Verhandlung gekommen wäre —, gelang es doch der deutschen Regierung, ihren, die deutsche Zukunft und die deutschen Lebensbedürfnisse sichernden Standpunkt durchzusetzen. Deutschland muß eine Gefährdung seiner Lebensinteressen bereits dann erblicken, wenn die Bestimmungen des Washingtoner Abkommens zu einer Einschränkung der Produktion und damit zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Reparationsfähigkeit führen. Drohen doch bei Nichterfüllung der Dawes-Verpflichtungen dem deutschen Volk schwere Sanktionen. Nach der Londoner Vereinbarung darf nunmehr von Artikel 14 „im Fall einer Krise Gebrauch gemacht werden, die die nationale Wirtschaft so stark trifft, daß die Lebensmöglichkeiten der Bevölkerung bedroht sind." Allerdings sollen Wirtschaftskrisen, die sich nur auf einzelne Wirtschaftszweige beziehen, nicht als Gefährdung der Staatssicherheit angesehen werden.

Tagesspiegel

Nach den vorläufigen Ermittlungen haben sich im Reich für das Volksbegehren 12 512 140 Unterschriften ergeben. Das sind etwa rund 32,4 v. H. — In Württemberg wurden 480 032 Stimmen abgegeben, also 29,8 v. H.

Der Verband Berliner Metallindustrieller hat den zum Ende dieses Monats abgelaufenen Lohnvertrag für die Arbeitnehmer gekündigt, um einen 10prozentigen Abbau der bisherigen Löhne herbeiführen zu können.

In dem Prozeß gegen die Mörder Matteottis verurteilte das Gericht heute Dumini, Volpi und Poveromo zu 5 Jahren 11 Monaten und 20 Tagen Gefängnis. Das Urteil sieht aber einen bedeutenden Strafnachlaß für die Verurteilten vor, sodaß dieselben sofort freigelassen wurden.

Das rumänische Kabinett Bratianu wird am Samstag zurücktreten.

Deutscher Reichstag

Berlin, 25. März. Im Reichstag wurde heute eine Reihe von kleineren Gesetzentwürfen angenommen, und besonders die zweite Lesung des Haushalts des Reichspostministeriums vorgenommen. Dabei wies Minister Stingl darauf hin, daß die Post auch nach Inkrafttreten des Reichspostfinanzgesetzes eine Reichsanstalt und im engen Reichsverband geblieben sei. Die Reichspost wolle Helferin und Förderin sein für Wirtschaft und Verkehr. Großzügiger Ausbau aller Verkehrseinrichtungen und Schaffung aller nur irgend möglichen und finanziell tragbaren Verkehrserleichterungen sei notwendig. Als Leitsatz für die Wirtschaftsgebarung der Post bezeichnet der Minister Anpassung auf allen Gebieten, offener freier Blick für die Verhältnisse und die berechtigten Bedürfnisse der allgemeinen Wirtschaft und entschlossenes Handeln. Die Reichspost habe mit Parteipolitik nichts zu tun. Die Post müsse größte Eigenwirtschaftlichkeit anstreben, zumal sie, wie keine andere Verwaltung, mit Pfennigen rechnen müsse. Der vom Haushaltsausschuß vorgenommenen Hinaufsetzung der an das Reich abzuliefernden Summe von 20 auf 70 Millionen wolle er nicht widersprechen, mit Rücksicht darauf, daß die Post mit einer Anleihe von 150 Millionen Mark rechnen könne. Der Minister ist der Ueberzeugung, daß das Postpersonal voll und ganz hinter ihm stehe. Von seinen Personalorganisationen würden seine Wirtschaftsbestrebungen kräftig unterstützt. Es werde alles getan, um die Arbeitsbedingungen des Personals günstiger zu gestalten. Für Wohnungsfürsorge, Bekämpfung der Tuberkulose und sonstige Wohlfahrtseinrichtungen seien erhebliche Mittel aufgebracht.

Neue Nachrichten

Neue deutsche Kolonialpolitik.

Berlin, 25. März. Aus Anlaß der vor 30 Jahren erfolgten Gründung der jetzt 700 Mitglieder zählenden Abteilung Berlin-Charlottenburg der Deutschen Kolonialgesellschaft fand gestern abend im Plenarsitzungssaal des Reichswirtschaftsrats eine Festsetzung statt, die sich eines ausgezeichneten Besuchs zu erfreuen hatte. Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg, der Vorsitzende der Ortsgruppe, begrüßte die Anwesenden mit warmen Worten. Dann nahm Reichsbankpräsident Dr. Schacht das Wort, zu einem Vortrag über das Thema „Neue Kolonialpolitik", dem wir folgendes entnehmen: Die Möglichkeit einer Wiederaufnahme kolonialer wirtschaftlicher Betätigung für Deutschland sehe ich in dem System der sogenannten **Chartered Companies**, großen privilegierten, privaten, kolonialen Unternehmungsgesellschaften, denen geeignetes Territorium zu überlassen wäre, um der deutschen Industrie und Technik die Möglichkeit kolonialer wirtschaftlicher Betätigung zu geben und deutsche Volksteile in diesem Gebiet geschlossen anzusiedeln. Ich habe keinen Zweifel, daß sich Privatkapital für die Errichtung einer großen Chartered Companie finden wird, wenn ihm ein entsprechender Nutzen an der Entwicklung des Unternehmens vorbehalten bleibt, werden wir doch unter allen Umständen mit einer Ansammlung von Geldern zu rechnen haben, deren Uebertragung an das Ausland vorerst nicht möglich sein wird und die hier eine Anlage finden können. Das Unternehmen wäre aufzuziehen als eine rein private Aktiengesellschaft, in deren Verwaltungsrat neben deutschen Kräften, denen im wesentlichen die technische Durchführung obzuliegen hätte, führende Kaufleute der Wirtschaftsnationen teilnehmen könnten, die selbstverständlich von politischen Einflüssen frei und von ihren jeweiligen Regierungen unabhängig sein müßten. Den sich niederlassenden Siedlern würde zweckmäßig ein weitgehendes Selbstverwaltungsrecht zu geben sein. Selbstverständlich können auch gewisse Souveränitätsrechte nicht völlig außer Acht bleiben, aber sie liegen in der Hauptsache nur in der Richtung der Rechtsprechung und in der Garantie für die Aufrechterhaltung geordneter Rechtsverhältnisse.

Steuerforderungen der Sozialdemokraten

Berlin, 25. März. In parlamentarischen Kreisen der Mitte werden die Aussichten des Steuerkompromisses im allgemeinen zuversichtlich beurteilt. Man rechnet damit, die Sozialdemokraten durch ein Entgegenkommen in der Frage der Mieterhöhung zur Stimmenthaltung bewegen zu können. Die Regierungsparteien stehen daher in fortlaufender und ständiger Fühlungnahme mit der Sozialdemokratie. Eine Entscheidung über die Haltung der Sozialdemokraten ist aber noch nicht gefallen. Vielmehr hat heute im Steuerausschuß der sozialdemokratische Abg. Hilferding eine Reihe von Aenderungsanträgen angekündigt. Die Sozialdemokraten verlangen allgemeine Verlängerung der Bezugsdauer der Erwerbslosenunterstützung von 26 auf 39 Wochen und Berechtigung der Länder, fakultativ darüber hinauszugehen, Eingliederung der Ausgesteuerten in die Erwerbslosenunterstützung, keine allgemeine Senkung der Vermögenssteuer, Beschränkung der Miete auf die Höhe der Friedensmiete bis zum 1. April 1927, bei den Verbrauchssteuern Aufrechterhaltung der Sektsteuer, Ermäßigung der Zuckersteuer und Beseitigung der Salz- und übrigen kleinen Verbrauchssteuern.

Vereinfachung der bayerischen Staatsverwaltung

München, 25. März. Nach der „Münchener Zeitung" soll ein Antrag der Staatsregierung zur Vereinfachung der Staatsverwaltung und Steuersenkung bereits dem Bayerischen Städtetag zur Behandlung vorliegen. Darnach würde der Staatsregierung die Ermächtigung erteilt werden sollen, durch Verordnung nach Anhören eines Ausschusses die Zahl der Ministerien durch Zusammenlegung des Handelsministeriums mit dem Außenministerium und des Sozialministerims mit dem des Innern um 2 zu verringern, zwei Kreisregierungen, die Bezirks- und Kreisbauernkammern aufzuheben, die Handels- und Handwerkskammern auf drei zu verringern und die Ausgaben der Kreise auf Wohlfahrtsausgaben zu beschränken. Weitere Maßnahmen betreffend Hinzuziehung der Gemeinden zu den Schulaufwandskosten, Stärkung des Ausgleichsfonds für notleidende Gemeinden und Herabsetzung der Arealsteuer um die Hälfte.

*

Die Ratsnote Brasiliens

Berlin, 25. März. Aus Anlaß der letzten Debatten im Reichstage und im englischen Unterhause über die Völkerbundsfrage wird von unterrichteter Seite auf die auffällige Tatsache hingewiesen, daß der englische Außenminister Chamberlain im Unterhause nur auf den ersten Absatz der brasilianischen Note vom 1. Dezember 1924 hingewiesen hat, den auch der brasilianische Vertreter in Genf in der Schlußsitzung der Vollversammlung allein wiedergegeben hat, und in dem von der Notwendigkeit gesprochen wird, die in dem deutschen Völkerbundsmemorandum aufgeworfenen Fragen im Schoße des Völkerbundes selbst zu erörtern. Für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und in den Rat sind jedoch folgende Sätze der Note entscheidend gewesen: „Hat Brasilien an sich keinerlei Einwendungen gegen den Beitritt Deutschlands als Mitglied des Völkerbundes zu erheben, im Gegenteil, es wünscht, daß dieser Beitritt sich vollziehe. Auch ist Brasilien im Prinzip nicht dagegen, daß das neue Mitglied einen ständigen Sitz im Rat erhält." Diese entscheidenden Sätze enthalten keinerlei Vorbehalt Brasiliens, den Antrag Deutschlands auf Einräumung eines ständigen Ratssitzes erst noch mit den anderen Ratsmächten zu prüfen. Noch weniger findet sich in der brasilianischen Note die geringste Andeutung, daß die brasilianische Regierung den ständigen Ratssitz Deutschlands von der gleichzeitigen Einräumung eines ständigen Ratssitzes an Brasilien abhängig machen werde. Die deutsche Regierung mußte daher annehmen, daß Brasilien ebenso wie die anderen Ratsmächte der deutschen Forderung vorbehaltlos zustimmten. Es sei deshalb nicht verständlich, daß Chamberlain meine, die brasilianische Antwort hätte Deutschland veranlassen müssen, auf der Hut zu sein. Davon, daß Brasilien damals, wie Chamberlain annimmt, den Deutschen eine Warnung übermittelt hätte, es werde sein eigenes Ersuchen um einen ständigen Ratssitz gleichzeitig mit dem deutschen Antrag zur Erörterung stellen, könne gleichfalls nicht im entferntesten die Rede sein. Nach der ganzen politischen Entwicklung sei es daher nicht angängig, sich darauf zu berufen, daß Deutschland niemals ausdrücklich die Bedingung gestellt habe, allein in den Rat aufgenommen zu werden. Diese Bedingung hätte nur gestellt werden können, wenn gegenteilige Forderungen von anderer Seite gestellt worden wären.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Neues Leben auf der Zeppelin-Werft

Friedrichshafen, 25. März. Dem Luftschiffbau Zeppelin in Friedrichshafen ist aus dem bisherigen Ertrag der Zeppelin-Eckener-Spende eine erste Rate von einer halben Million Goldmark zur Verfügung gestellt worden. Da bisher noch nicht feststeht, wie groß der künftige Zeppelinkreuzer sein wird, und die endgültigen Pläne erst nach dem Ergebnis der Pariser Luftfahrtverhandlungen in Angriff genommen werden können, werden jetzt diejenigen Konstruktionsteile gebaut, die für alle Zeppelintypen normal und von der jeweiligen Größe des Schiffes unabhängig sind.

*

Die Auslegung des Dawesplanes

Haag, 25 März. Das internationale Schiedsgericht zur Auslegung des Dawesplanes hat in öffentlicher Sitzung entschieden, daß die für soziale Versicherungen in Elsaß-Lothringen und Oberschlesien an Frankreich und Polen zu leistenden Beträge in den Jahreszahlungen des Dawesplanes einbegriffen sind. Auch die für zivile und Militärpensionen in Elsaß-Lothringen von Deutschland zu leistenden Beträge sollen in den Jahreszahlungen des Dawesplanes einbegriffen sein. Das Schiedsgericht hat dagegen entschieden, daß die Restitutionen, die von Deutschland für eine Reihe verschiedenartiger Gegenstände und Wertpapiere zu leisten sind, nicht in den Dawesannuitäten einbegriffen sind.

Churchill über die interalliierten Schulden

London, 25. März. Im Verlauf der gestrigen Sitzung des Unterhauses führte Churchill hinsichtlich der interalliierten Schulden aus: Großbritannien stimmte grundsätzlich der Note Balfours zu, nach der die Zahlungen Englands an die Vereinigten Staaten ausgeglichen werden sollten durch die Zahlungen der alliierten Länder an Großbritannien und durch die deutschen Reparationen. Churchill gab dann der Erwartung Ausdruck, daß Frankreich 12,5 Millionen Pfund Sterling zahlt, Italien 4 Millionen und die anderen Alliierten 2 Millionen. Wenn Deutschland zwei Drittel seiner Verpflichtungen aus dem Dawesplan erfülle, werde es jährlich 15 Millionen zahlen. Das mache insgesamt 32,5 Millionen gegenüber den gegenwärtigen Zahlungen an die Vereinigten Staaten von rund 33 Millionen Pfund Sterling. In acht Jahren würden die Zahlungen an die Vereinigten Staaten auf 38 Millionen steigen, wodurch eine Lücke entstehe, die vielleicht von Rußland gedeckt werden würde. Zu der von Mitgliedern des Hauses geübten Kritik an gewissen Schuldnerstaaten erklärte Churchill dann weiter, wenn er damit auch in seiner Privateigenschaft in mancher Beziehung einverstanden sein könne, so würde es für ihn doch unmöglich sein, sich ihr anzuschließen, so lange er seine jetzige Stellung bekleide. Churchill erklärte ferner, Rußland schulde England 800 Millionen Pfund und habe die Zurückzahlung verweigert. Aber vielleicht sei das nicht das letzte Wort, das man von Rußland hören werde. Die Bedeutung der Weltkredite für Rußland dämmere den Führern Rußlands auf. England verzichte nicht auf seine Ansprüche.

Undens Haltung in Genf

Berlin, 25. März. In dem Bericht, den der schwedische Außenminister Unden über die Genfer Völkerbundstagung in der 2. Kammer des schwedischen Reichstages erstattet hat, vertritt er die Auffassung, die Haltung der deutschen Delegation in Genf habe ihn zur Aenderung seiner ursprünglichen Haltung veranlaßt.

Hierzu wird von unterrichteter Seite mitgeteilt: Allen Teilnehmern der Genfer Tagung ist der Tatbestand bekannt, daß die Aenderung in der Haltung der schwedischen Delegation völlig unerwartet und zur vollen Ueberraschung sämtlicher Teilnehmer eintrat. Auch der Hinweis, daß der Verzicht Schweden auf seinen Ratssitz durch die Haltung der belgischen Delegation bedingt war, entspricht nicht der Sachlage. Irgend ein konkretes Anerbieten Belgiens, auf seinen Ratssitz zu verzichten, ist niemals erfolgt. Der schwedische Außenminister Unden erklärte zum Schlusse seines Berichtes, er sei niemals irgend einem Druck in Genf ausgesetzt gewesen. Demgegenüber kann festgestellt werden, daß während der Genfer Tagung unzählige Aeußerungen des schwedischen Außenministers kursierten, die die Haltung gewisser Großmächte Schweden gegenüber in der Ratsfrage sehr eindeutig charakterisierten.

Württemberg

Stuttgart, 25. März. Steuererhebung vom 1. April ab. Nach einer Verordnung des Finanzministeriums haben die Gemeinden die staatliche Grund-, Gewerbe- und Gebäudeentschuldungs-Steuer vom 1. April an bis auf weiteres nach den bisherigen Vorschriften, die Vorauszahlungen auf die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer für 1926 jedoch nur mit elf Sechzehnteln der für das Rechnungsjahr 1925 festgestellten Staatssteuer weiter zu erheben. Die Gebäudeentschuldungssteuer soll jedoch nach einem dem Landtag vorliegenden Gesetzentwurf vom 1. April 1926 ab erhöht werden. Für den Fall, daß dieser Gesetzentwurf nicht oder nicht mit Wirkung vom 1. April 1926 ab Gesetz wird, wird voraussichtlich eine Erhöhung der staatlichen Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer über den im Entwurf eines Staatshaushaltsgesetzes für 1926 nd 1927 vorgesehenen Staatssteuersatz von 5,5 v. H. der Kataster (gleich elf Sechzehntel der Staatssteuer für 1925) hinaus notwendig werden.

Aerztekammer. Der Landeswahlausschuß für die Aerztekammer hat im Wahlbezirk 1 (Stuttgart) zwei Wahlvorschläge zugelassen. An der Spitze des einen steht Sanitätsrat Dr. Karl Bok, an der Spitze des andern Dr. Theodor Durst in Oberürkheim. Ferner wurden zugelassen im Wahlbezirk 8 (Tübingen) ein Wahlvorschlag mit Dr. Friedrich Langbein in Pfullingen und im Wahlbezirk 12 (Ulm) ein Wahlvorschlag mit Sanitätsrat Dr. Friedrich Prinzing an der Spitze.

ep. **Der Vertretertag des Evang. Volksbunds für Württemberg** findet dieses Jahr am Montag und Dienstag der Osterwoche in Stuttgart statt. Am Osterdienstag vor- und nachmittags finden die Beratungen statt, deren Hauptgegenstand der Kampf um den Sonntag ist.

Dillmann-Realgymnasium. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Das Kultministerium hat dem Realgymnasium hier zur Erinnerung an seinen Begründer die Bezeichnung Dillmann-Realgymnasium verliehen.

Vereinigung der Teilgemeinden Leinfelden, Unteraichen und Oberaichen. Durch Verfügung der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung ist die Vereinigung der Teilgemeinden Leinfelden, Unteraichen und Oberaichen, Amtsoberamt Stuttgart, zu einer Gemeinde mit dem Namen Leinfelden mit Wirkung vom 1. April 1926 ab genehmigt worden.

Brandstiftung. Das Schwurgericht hat den 23 Jahre alten Schlosser Otto Weidle von Hemmingen wegen vorsätzlicher Brandstiftung und wegen Versicherungsbetrugs zu 3½ Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Er hatte im Dezember v. J. seine Scheuer und seine Wohnung in Brand gesteckt.

Aus dem Lande

Backnang, 25. März. Ausbau des Bezirkskrankenhauses. Nach Vollendung des Dachstockausbaus des Bezirkskrankenhauses konnte in den letzten Tagen nun auch der 3. Stock in Betrieb genommen und der Krankenhausneubau zu einem vorläufigen Abschluß gebracht werden. Die Bettenzahl hat sich jetzt auf 65 erhöht, also im Vergleich zum alten Krankenhaus verdoppelt.

Göglingen, OA. Brackenheim, 25. März. Naturseltenheit. Am letzten Sonntag begegnete der Jagdaufseher Karl Eckert von hier auf dem Weg nach Gündelbach über den Hammberg einer Ricke (Rehgeiß), die ein 6 Wochen altes Kitz führte. Es ist dies eine Seltenheit, da die übliche Wurfzeit des Rehs sonst in den Monat Juni fällt.

Heilbronn, 25. März. Straßenbahn nach Böckingen. Die Vorbereitungen für den Bau der Böckinger Straßenbahn sind nunmehr beendet. Mit dem Bau selbst soll anfangs nächsten Monats begonnen werden und man hofft, sie bis anfangs Juli zu beendigen.

Heidenheim, 25. März. Die Notbremse gezogen. Auf der Strecke zwischen Rammingen und Niederstotzingen zog ein 23jähriger Bursche die Notbremse. Er gab dem Bahnbeamten einen falschen Namen an, konnte aber ermittelt werden.

Hagenbach OA. Neckarsulm, 25. März. Diebstahl. Vor einiger Zeit wurden in einem hiesigen Kaufladen für etwa 100 Mark Zigaretten, Schokolade usw. gestohlen. Die Diebe, drei 19- und 20jährige Bürschchen, hatten sich abends spät eingeschlichen, während einer die Besitzerin im Laden unterhielt. Die elektrischen Birnen wurden ausgeschraubt. Der Landjäger hat die „Gutedel" bereits aufgedeckt.

Tübingen, 25. März. Von der Universität. Die Naturwissenschaftliche Fakultät hat Dr. med. Krauß wegen seines großen Verdiensts um die Insektenkunde zu ihrem Ehrendoktor ernannt.

Wegen Betrugs wurde der 39jährige Kaufmann Rud. Fischer, Reisender der Handwerkersterbekasse, verhaftet. Fischer, der mittellos ist, hat bei Geldgeschäften eine und dieselbe Schreibmaschine wiederholt verpfändet und ist auch wegen anderer Vergehen angeklagt.

Onstmettingen OA. Balingen, 25. März. Selbstmord. Der jüngste Sohn des Mechanikers Gauger hängte sich nach kurzem Wortwechsel mit seinem Vater im Schopf auf

Feckenhausen OA. Rottweil, 25. März. In den letzten Tagen wurde im Stadtwald Linsenberg von hiesigen Holzhauern eine Fichte gefällt, die eine Länge von 40 Metern und einen Stockdurchmesser von 1,8 Meter hatte. Der Stamm ergab 10½ Festmeter. Das Alter des Baums dürfte 200 Jahre übersteigen.

Mühlheim OA. Sulz, 25. März. Wundstarrkrampf. Landwirt Georg Friedrich Gutekunst beachtete eine anscheinend harmlose Verletzung an der Hand, die er sich vor einiger Zeit zugezogen hatte, zu wenig. Nun ist er am plötzlich eintretenden Starrkrampf gestorben.

Geislingen a. St., 25. März. Vom Arbeitsmarkt. Die Arbeitsmarktlage des Bezirks hat sich in der ersten Hälfte des Monats März weiter verschlechtert. Die Metallindustrie sah sich genötigt, Kurzarbeit in größerem Umfang einzuführen. Auch die Textilindustrie mußte die Arbeitszeit weiter einschränken, Kündigungen aussprechen und Entlassungen vornehmen.

Ulm, 25. März. Eingemeindung von Grimmelfingen. Das Ministerium des Innern hat die Vereinigung der Stadtgemeinde Ulm und der Gemeinde Grimmelfingen zu einer Gemeinde mit Wirkung vom 1. April 1926 ab genehmigt.

Ulm, 25. März. Lebensmüde. In Neu-Ulm suchte Frau Schlachthausmeister Kröner den Tod durch Einnehmen von Gift. Die Beweggründe sind noch nicht bekannt.

Haigerloch, 25. März. Zusammenstoß. Der im Herbst von hier nach Singen verzogene Monteur Litz ist auf dem Motorrad mit einem Lastauto zusammengeprallt und abends an seinen Verletzungen gestorben.

Vom bayrischen Allgäu, 25. März. Freiwilliger Tod. Der 22 J. a. Gastwirtssohn Ludwig Bernhard in Hindelang, der seit 1½ Jahren schwer nervenleidend war, hat sich durch einen Schuß ins Herz entleibt.

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 25. März. Der Landtag berief in seiner Mittwoch-Sitzung in erster Lesung den Gesetzentwurf über die Vereinfachung der Staatsverwaltung in Verbindung mit den Gesetzentwürfen über das Staatsministerium und die Ministerien, sowie über die Aufteilung des Oberamtsbezirks Weinsberg.

Staatspräsident Bazille erklärte, wenn es zwei Jahre gedauert habe, bis diese Entwürfe vorgelegt wurden, so deshalb, weil die Regierung wegen der Landtags- und Reichstagsberatungen und wegen der wiederholten Wahlen nicht ruhig arbeiten konnte, so daß sie oft monatelang behindert war. Der Staatspräsident betonte, daß ein Abbau von weiteren Beamten nicht möglich sei. Trotzdem müsse der Landtag der Frage der Vereinfachung näher treten, weil Ersparnisse gemacht werden müßten, auch wenn sie gering seien. Zunächst müsse man mit der Vereinfachung bei der Zentralverwaltung anfangen. Bei dem Gesetz über die Aufhebung kollegialer Organisationen und Landesmittelstellen handle es sich nicht um ein diktatorisches Ermächtigungsgesetz wie im Jahre 1923. Sollte das Zentrum Befürchtungen hegen wegen Aufhebung des Katholischen und Evangelischen Oberschulrats, so könne man ja diese Behörden von der Aufhebung ausnehmen.

Der Abg. Heymann (Soz.) übte an den mageren Ergebnissen der Staatsvereinfachung scharfe Kritik. Die Vorlagen seien weder großzügig noch organisch und stellen überhaupt keine Reform dar. Der Entwurf über die Vereinfachung der Staatsverwaltung gebe der Regierung eine Blankovollmacht und ermögliche die Verfolgung parteipolitischer Ziele.

Der Abg. Bock (Ztr.) erklärte, daß seine Partei dem Staatspräsidenten keine weiteren Rechte einräumen wolle, als er nach der Verfassung zu beanspruchen habe, und begründete mit sachlichen Erwägungen die Forderung, den Abg. Andre als Vertreter der christlich-nationalen Arbeiter-

---

Und dennoch kam das Glück..

Original-Roman von Irene Hellmuth

44) (Nachdruck verboten.)

Die beiden Frauen ließen sich gewähren. Denn Hilde ahnte wohl selbst kaum, was in ihrem jungen, unberührten Herzen vorging. Hätte man ihr die Augen öffnen wollen, wäre dies gleichbedeutend gewesen mit dem Unterfangen, einen Schlafwandler zu wecken.

Luise sprach zwar manchmal mit der treuen Freundinnen von den Beobachtungen, die sie an ihrem Töchterchen machte und setzte dann meistens hinzu: „Nun, wenn die Herzen der beiden sich finden sollten, wir würden ihr Glück nicht stören. Ich liebe Rudi wie ein eigenes Kind, ich sah ihn aufwachsen und weiß, er ist ein Charakter und würde, wenn er wirklich einmal so weit käme, mein Kind glücklich machen."

Sie sprach auch mit ihrem Mann von der Sache, und da er mit Luise stets einer Meinung war, nickte er ihr zu und lächelte: „Ich bin ganz deiner Ansicht, Luise. Laß die Kinder das Glück genießen, wir wollen uns mit ihnen freuen."

Als Rudi in den Weihnachtsferien nach Hause kam, war im Hildebrandschen Hause schwere Trauer eingekehrt.

Luisens Mann hatte einen Schlaganfall erlitten, dem er, ohne nochmals zum Bewußtsein gekommen zu sein, am nächsten Tag erlag.

Die Familie betrauerte den schmerzlichen Verlust tief und aufrichtig.

Hilde reichte dem Freund weinend die Hand, als er zu Besuch kam, um sein inniges Beileid auszudrücken.

„Ach, Rudi, wie schrecklich wurden wir heimgesucht," klagte sie schmerzlich. „Der gute Vater, ich kann es noch nicht fassen! Wie ein vom Blitz gefällter Baum kam er mir vor. Er war immer so gütig und liebreich!"

Auch Luise weinte dem Entschlafenden aufrichtige Tränen nach. Sie hatte es nicht zu bereuen gehabt, ihm ihre Hand gereicht zu haben.

Ein Ehrenmann im vollsten Sinn des Wortes und ein liebreicher Gatte und Vater war mit ihm heimgegangen. —

Unter den gegebenen Umständen konnte natürlich während Rudis Weihnachtsferien keine frohe Stimmung aufkommen, denn auch Mathilde und ihr Gatte trauerten aufrichtig mit den Freunden. — —

In dieser Zeit erwies sich Mathilde wieder als eine richtige Trostspenderin.

Ihrem herzlichen Zuspruch gelang es nach und nach, die gebeugten Herzen wieder aufzurichten.

Immer inniger schloß sich Luise an die treue Freundin an. Es verging kaum ein Tag, an dem sie nicht wenigstens eine Stunde beisamen waren.

Luise fand Trost in dem Besitz ihrer geliebten Kinder, die zu reizenden Mädchen heranwuchsen. Besonders Hilde entwickelte sich nach und nach zu einer Schönheit, die die Aufmerksamkeit der Herrenwelt auf sich zog.

Inge war nicht so hübsch wie ihre Schwester, aber sie wurde von allen geliebt, die sie näher kannten, denn sie besaß ein goldenes Gemüt und ein zärtliches Herz. — —

So schwanden wieder ein paar Jahre dahin. Eines Tages erhielt Frau Mathilde einen Brief aus Milwaukee, mit dem sie ungesäumt in das Haus ihrer Freundin lief. Ihr Mann war nicht zu Hause, und sie mußte jemand haben, mit dem sie von ihrer großen Freude sprechen konnte, jemand, von dem sie überzeugt war, daß er innigen Anteil an allem nahm, was sie und ihre Familie betraf.

Mit hellen Freudentränen trat sie bei Luise ein.

Die beiden Frauen hatten schon längst das steife „Sie" mit dem schwesterlichen „Du" vertauscht, und so rief Mathilde, den Brief in der Hand schwenkend in einer an ihr ganz ungewohnten Heiterkeit: „Denke dir, Luise, — mein Bruder Alfred schreibt, daß er in allernächster Zeit heimkehren werde! Ach, wie ich mich freue! Ich hatte wirklich nicht zu hoffen gewagt, ihn noch einmal wiederzusehen! Und nun kommt er, — bald, — bald, wie er schreibt! Ach diese Freude! Was nur Rudi sagen wird, wenn er hört, daß sein Vater in die Heimat zurückkehrt! Ich kann seine Heimkehr garnicht erwarten! Wie er wohl aussehen mag? Mir ist die Freude förmlich in die Glieder gefahren! Ich bin ganz zitterich!"

Sie setzte sich in einen bequemen Sessel und dann las sie zusammen mit der Freudin den lieben Brief noch einmal.

Auch Luise war seltsam erregt vo der unerwarteten Nachricht. Ihre Wangen glühten und in ihren Augen erwachte ein helles Licht.

So sollte sie ihn wiedersehen — den Geliebten ihrer Jugendzeit, den Mann, ohne den sie einstmals nicht leben zu können meinte!

Daß er sie nicht vergessen hatte, wußte sie längst aus seinen Briefen.

Was lag alles zwischen jener Zeit und der Gegenwart!

Als Mahilde gegangen war, saß Luise noch lange sinnend und grübelnd in ihrem gemütlichen Wohnzimmer und gedachte der vergangenen Jahre und der fernen, ach so fernen Jugendzeit, dachte an den Schmerz, den sie damals empfunden, als der Vater gebieterisch die Trennung von dem Geliebten forderte.

Noch heute, nach so vielen Jahren, meinte sie den Jammer zu spüren, der ihr junges Herz zerriß, als es hieß, Abschied zu nehmen von dem süßen Liebestraum.

So saß sie noch, als ihre beiden Mädchen von einem Ausgang zurückkehrten und die Mutter gänzlich versunken sahen in ihre Grübeleien.

„Aber Mutti!" rief die lebhafte Hilde, „was ist mit dir? Du hast ja ganz rote Wangen! Wie ein junges Mädchen siehst du aus!"

Luise fuhr sich über die Stirn, wie um die merkwürdigen Gedanken zu verscheuchen. Dann lächelte sie und sagte? „Denkt euch nur Kinder, Rudis Vater, der so lange in Amerika weilte, hat heute geschrieben, daß er Sehnsucht habe nach Deutschland, nach seinem Sohne, nach der alten Heimat und daß er in kurzer Zeit heimzukehren gedenkt! Tante Mathilde war hier und brachte mir den Brief. Sie ist ganz aus dem Häuschen vor Freude, und ich freute mich mit ihr! Die Geschwister hängen in zärtlicher Liebe aneinander, Mathilde besitzt auch nur den einzigen Bruder."

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

schaft in die Staatsverwaltung zu berufen. Zum Abbau der Oberschulbehörden könne das Zentrum die Hand nicht bieten, doch werde es der Aufteilung des Oberamts Weinsberg zustimmen. Eine andere Abgrenzung der Oberamtsbezirke sei absolut notwendig, denn die Aufteilung jedes zweiten Oberamts bedeute eine Ersparnis von jährlich 640 000 Mark.

Der Abg. Dr. Schall (Dem.) bezeichnete die Vereinfachung der Staatsverwaltung angesichts des Mißverhältnisses zwischen öffentlichem Aufwand und steuerlicher Leistungsfähigkeit als unbedingt notwendig. Die Demokratie könne der Regierung die geforderte Ermächtigung nicht geben, da sie zu ihr nicht das Vertrauen habe, daß sie von der Ermächtigung im Staatsinteresse Gebrauch machen werde. Der Redner forderte schließlich die Neueinteilung der Oberamtsbezirke im ganzen Land, eine Verminderung ihrer Zahl, eine Verminderung der Amtsgerichts- und Finanzamtsbezirke, die Aufhebung überflüssiger Landgerichte, besonders von Hall, die Verringerung der Abgeordnetenzahl auf 60 und die der Ministerien auf drei, die Erweiterung der Kompetenz der unteren Instanzen und der Selbstverwaltung.

Staatspräsident Bazille trat den Angriffen der Oppositionsredner entgegen und wies darauf hin, daß die Arbeit schon weiter gediehen wäre, wenn er brauchbare Vorarbeiten angetroffen hätte. Er betonte insbesondere den Beamtenabbau im Arbeitsministerium und bezeichnete die Ausführungen des Abg. Schall nicht nur als anfechtbar, sondern als direkt unrichtig. Eine Erhöhung der Mittel auch nur um 5 Prozent müßte eine entsprechende Erhöhung der Beamtenwohnungszuschläge zur Folge haben und dies würde in Württemberg eine Ausgabe von einer halben Million bringen.

Minister des Innern Bolz bezeichnete die Kritik an dem Entwurf zur Aufteilung des Oberamts Weinsberg als unverständlich. Von der Notwendigkeit der Aenderung der Oberamtsbezirke sei er mehr als je überzeugt. Die Regierung habe darüber schon beraten, sich aber noch nicht geeinigt. Eine einmalige große Reform wäre wohl sachlich besser, aber ihre Durchführung bei der Stellung der Bevölkerung und des Parlaments zweifelhaft.

Nach weiteren Ausführungen der Abgeordneten August Müller (BB.), Albert Fischer (Komm.), Rath (DV.) und Dr. Steger (Völk.) wurden die Gesetzentwürfe an den Verwaltungs- und Wirtschaftsausschuß überwiesen. Morgen Generaldebatte zum Etat.

Aussprache über den Staatshaushalt

Der Landtag begann heute die Beratung des Staatshaushaltsplanes für die Rechnungsjahre 1926 und 1927 in Verbindung mit den Gesetzentwürfen über die Gebäudeentschuldungssteuer, sowie über die Aenderung der Personalabbauverordnung und des Beamtenrechts. Finanzminister Dr. Dehlinger leitete die Generaldebatte durch eine große Rede ein. Die Aufstellung eines zweijährigen Wirtschaftsprogramms begründete er mit den derzeitigen finanziellen Schwierigkeiten. Er ging dann näher auf die wirtschaftliche Krise ein, die in der Landwirtschaft besonders schlimm geworden sei. Diese Krisis beherrsche auch die öffentlichen Haushalte und vor allem die Steuerpolitik und so sei auch die Finanzlage des Staates ungeheuer ernst. Der im Planentwurf nachgewiesene Abmangel sei zwar verhältnismäßig klein, aber nichts wäre verkehrter, als daraus den Schluß zu ziehen, daß die Lage der Staatswirtschaft nicht ungünstig sei. Der Minister teilte mit, daß er neuerdings beim Reichsfinanzminister dringende Vorstellungen erheben mußte, weil Württemberg beim Verteilungsschlüssel für die Einkommen- und Körperschaftssteuer ungenügend berücksichtigt sei, nämlich nur mit 3,7 bzw. 3 v. H., während es nach Einwohnerzahl und Gebietsfläche 4,15 v. H. erhalten müßte. Er habe verlangt, daß diese Unbilligkeit und zwar noch mit Rückwirkung auf 1925 ausgeglichen werde. Hoffentlich werde der neue Finanzausgleich mit dem Reiche den Bedürfnissen des Landes besser Rechnung tragen und namentlich das Zuschlagsrecht in einer Weise regeln, daß Ländern und Gemeinden endlich wieder eine angemessene Bewegungsfreiheit auf steuerlichem Gebiete und die volle Verantwortlichkeit für ihre Ausgaben gesichert sei. Zum Ausgleich für die durch das Reich vorgeschriebene Erhöhung der Gebäudeentschuldungssteuer ab 1. April 1926 sei der Prozentsatz für die staatliche Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer von 8 auf 5½ v. H. gesenkt worden. Um diese Senkung zu erreichen, war äußerste Sparsamkeit und die Absetzung zahlreicher an sich notwendiger Ausgaben erforderlich. Der Minister wandte sich gegen den Vorwurf, daß der Staat die Schullasten auf die Gemeinden abwälze. Diese Lasten des Staates seien heute immer noch 25½ Millionen gegen 13 Millionen im Jahr 1914. Ueberdies hätten sich die Einnahmen der Gemeinden stärker vermehrt als die des Staates. Allerdings hätten Mitte März ds. Js. vom Plansoll der Katastersteuern zehn Millionen, von der Gebäudeentschuldungssteuer noch 5 Millionen rückständig gewesen. Ob die Gewerbesteuer durch ein neues Gesetz geregelt werden müsse, lasse sich erst nach der Veranlagung auf Grund der Einkommen-, Körperschaftssteuer und des Reichsbewertungsgesetzes beurteilen. Nachdem der Minister noch nähere Ausführungen über die Gebäudeentschuldungssteuer gemacht hatte, schloß er seine Rede mit einer eindringlichen Warnung vor jeglicher Ausgabensteigerung, denn neue Ausgaben ließen sich nur durch neue steuerliche Opfer erkaufen.

Der Abg. Ulrich (Soz.) kritisiert die verspätete Vorlegung des Etats. Die Regierung habe offenbar die Absicht, den Landtag auszuschalten. Einen zweijährigen Etat lehne seine Partei ab, da er nur geeignet sei, die Herrlichkeit der Bürokratie in ungesunder Weise zu steigern. Der Redner forderte weiterhin die Aufstellung eines Bauprogramms auf lange Zeit, die Verwendung der ganzen Gebäudeentschuldungssteuer für den Wohnungsbau und wandte sich dann schließlich gegen den Terror des Bauernbundes beim Volksbegehren. Als er von einem Tiefstand sprach, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Die Sozialdemokratie wurde daran erinnert, daß zwei ihrer Abgeordneten, nachdem sie tagsüber gegen die Mätressenwirtschaft der Fürsten gesprochen hatten, nach Schluß der Polizeistunde im Weinrestaurant Gilitzer beim Sekt mit zwei Bardamen in zärtlicher Weise zusammen saßen und der Polizei vorgeführt wurden. Der Abg. Ulrich fragte schließlich noch nach der Stellung der Regierung zur Frage des Eintritts von Deutschland in den Völkerbund.

Der Abg. Theodor Fischer (B.P.) sprach von Geschmacklosigkeiten in den Ausführungen des Vorredners. Die Sozialdemokratie wolle durch die Hetze gegen die Fürsten nur ihre eigenen Untaten während der Revolution, wo sie Milliarden verschleuderte, verdecken. Woher habe denn diese Partei das Geld für die Propaganda, wenn sie doch immer von den verarmten Genossen spreche? Der Redner wandte sich dann hauptsächlich gegen das Zuchthausgesetz der Reichsregierung gegen das Handwerk.

Zum Schluß entschied man sich dafür, nachmittags 4 Uhr wieder zusammen zu kommen.

Baden

Karlsruhe, 25. März. Das Finanzministerium hat, nachdem es im Dezember v. J. vom badischen Landtag entsprechend ermächtigt worden ist, ein Anlehen für die wirtschaftlichen Unternehmungen des badischen Staats aufgenommen, das ausschließlich dazu dienen soll, werbende Anlagen des Staats zu finanzieren, und zwar vor allem das Badenwerk (Badische Landeselektrizitätsversorgung), das Kaliwerk in Buggingen und das große Rheinkraftwerk Niederschwörstadt, das auch für die Elektrifizierung der Bahnen in Baden von wesentlicher Bedeutung ist. Die badische Staatsschuldenverwaltung hat nun im Einverständnis mit dem Finanzministerium einerseits und der Schweizerischen Kreditanstalt in Zürich, namens eines internationalen Bankenkonsortiums andererseits einen Betrag für die Uebernahme eines 6½prozentigen Anlehens des Freistaates Baden von 40 Mill. Schweizer Franken nominal mit 20jähriger Laufzeit abgeschlossen. Von dem Anlehen werden 25 Millionen in der Schweiz zur Zeichnung aufgelegt, 10 Millionen in Holland, 5 Millionen sind von einer dritten, aber ebenfalls europäischen Gruppe fest übernommen worden. Die effektive Belastung durch die Anleihe, die inzwischen von der Berliner Beratungsstelle genehmigt worden ist, wird weniger als 8 v. H. betragen. Der Abschluß der badischen Anleihetransaktion kann als ein Erfolg günstig bezeichnet werden. Die günstige badische Finanzlage hat den guten Abschluß der Verhandlungen wesentlich gefördert.

Pforzheim, 24. März. In Ispringen gab der Taglöhner Gustav Kiefer auf den Arbeiter Wilhelm Trautz einen Schuß ab, der ihn an der rechten Brustseite streifte. Trautz soll der Schwester des Kiefer vor einigen Tagen eine Ohrfeige gegeben haben und wurde deshalb von dem Bruder der Geschlagenen zur Rede gestellt. Trautz wurde ins Krankenhaus nach Pforzheim gebracht. Sein Befinden gibt zu Besorgnissen keinen Anlaß.

Die weibliche Leiche, die am 21. März in Eutingen geländet worden und bis jetzt nicht bekannt war, ist nunmehr erkannt. Es handelt sich um ein 19jähriges Mädchen von hier, das sich am Samstag von zu Haus entfernt hatte, jedoch noch nicht als vermißt gemeldet worden war. Es handelt sich also nicht um die Theresia Allendinger, geb. Aiple von Altoberndorf.

Offenburg, 25. März. Dienstag abend halb 10 Uhr stürzte der Privatmann Wilhelm Krimmel aus dem Fenster de vierten Stocks seiner Wohnung. Krimmel ist 64 Jahre alt und fast erblindet. Bei Atembeschwerden hatte er die Gewohnheit, ans Fenster zu gehen und auf das sehr niedrige Fenstergesimse zu sitzen. Es scheint, daß er das Uebergewicht bekommen hat.

Singen a. H., 25. März. Dem Schachklub Singen ist es gelungen, den internationalen Schachmeister und Sieger beim Weltturnier in Moskau, Bogoljuboff, zu einem Simultanturnier nach Singen zu verpflichten.

Rückgang des Trinkbranntweinverbrauchs. Der Absatz für Trinkzwecke ist im letzten Vierteljahr 1925 weiter zurückgegangen; der Absatz der Monopolverwaltung betrug 151 000 Hektoliter gegen 197 000 Hektoliter im Vorjahr. Selbst wenn man berücksichtigt, daß sich gleichzeitig die Erzeugung der ablieferungsfreien Brennereien etwas erhöht hat, ergibt sich trotzdem eine Absatzminderung von 32 000 Hektolitern gleich 15 v. H.

Der Seeverkehr in den deutschen Häfen. Die Zeitschrift Wirtschaft und Statistik bringt eine amtliche zahlenmäßige Uebersicht und eine Betrachtung des Seeverkehrs in den deutschen Häfen 1925. Aufgeführt sind 19 der wichtigsten deutschen Häfen. Die Gesamtzahl der ein- und ausgehend verkehrenden Seeschiffe hat gegenüber 1924 8 v. H. zugenommen, der Gesamtraumgehalt 12,5 v. H. Zunahme erfahren. Gegen 1913 ist der Verkehr nach dem Gesamtraum erstmals wieder gestiegen um 6,5 v. H. Der Seeverkehr hat in nachfolgenden Häfen zu oder abgenommen (in Hundertsätzen): in Cuxhaven gegen 1924 plus 7,4, gegen 1913 minus 44,9; in Bremerhaven plus 17,8, plus 85,3; in Emden plus 76,8 plus 37,5; in Bremen plus 17,8, plus 85,3; in Settin plus 36,7, minus 19,1; in Lübeck plus 25,3, minus 33; in Kiel plus 50,5, plus 3,3; in Flensburg minus 47,3, minus 41,2; in den 10 Nordseehäfen plus 11, plus 14,5; in den 9 Ostseehäfen plus 18,6, minus 17,9. Während der Nordseeverkehr gegen 1913 eine Vermehrung um 14,5 v. H. zeigt, bleibt der Ostseeverkehr noch um fast 18 v. H. hinter dem Vorkriegsverkehr zurück. Das mag teilweise auf das Ausscheiden Danzigs zurückzuführen sein, das jedoch seinen Schiffsverkehr gegen 1924 noch um 13 v. H. steigern konnte. Neben Flensburg ist Swinemünde stark abgefallen. Dann fällt die schwache Verkehrsstellung von Bremerhaven auf, wohl eine Folge davon, daß die meisten Dampfer bis Bremen zu gehen pflegen und daß die Zahl der großen Passagierdampfer noch nicht wieder wie vor dem Krieg erreicht ist. Bremens bedeutende Verkehrszunahme gegen 1913 ist ebenso bemerkenswert wie die Emdens gegen 1924. Hervorgehoben sei noch das zu einem Fischhafen großen Stils ausgebaute Wesermünde, das seinen Verkehr gegen 1924 um 24,5 v. H. gesteigert hat. Hamburgs Verkehrszunahme bleibt weit hinter der Bremens zurück, doch ist der Hamburger Verkehr an sich immer noch um mehr als 75 v. H. größer als der Bremens. Die deutsche Flagge nahm gegen 1924 um 5,3 v. H. zu. In den deutschen Seehäfen waren am Gesamtverkehr die Schiffe deutscher Flagge mit 48 v. H. beteiligt gegen 46.6 v. H. im Jahr 1924 und 60 v. H. im Jahr 1913. Zurückgegangen sind im deutschen Seehafenverkehr die britische und die nordamerikanische Flagge (nur gegen 1924). Stärker zugenommen hat die Beteiligung der norwegischen, schwedischen und dänischen Flagge, die norwegische nahm um 40 v. H. gegen 1924 zu. Der Hochseefischereiverkehr in den Nordseehäfen nahm gegen 1924 um etwa ein Zehntel zu, gegen 1913 um 60 v. H.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Todesfall. In Oberniot bei Breslau ist der weit über Schlesiens Grenzen hinaus bekannte Geschichtsmaler Prof. Eduard Kemffer an den Folgen eines Nervenleidens gestorben. Berühmt geworden ist Kemffer durch die Ausschmückung des Rathauses in Erfurt mit Fresken.

Kreuzeckbahn. In Garmisch hat sich eine Aktiengesellschaft gebildet mit einem Kapital von 500 000 Mark zur Gründung der Kreuzeckbahn. Sie will die Konzession zur Erbauung und zum Betrieb einer Personendrahtseilbahn auf das Kreuzeck erwerben.

Eisenbahnunglück bei Halle. Das Eisenbahnunglück im Bahnhof Wülknitz auf der Strecke Riesa Elsterwerda, bei dem drei Personen getötet und 12 schwer verletzt wurden, ist nach den Feststellungen der Eisenbahnbehörde von dem Weichensteller Braune in fahrlässiger Weise durch falsche Weichenstellung verursacht worden. Braune wurde auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft verhaftet.

Trinkbranntwein aus Sprit mit Karbolsäure. Die Polizei hob in Köln-Ehrenfeld ein Laboratorium aus, dessen Besitzer von der Reichsmonopolverwaltung große Mengen vergällten Branntweins unter der ausdrücklichen Versicherung bezogen hatte, daß der Sprit für industrielle Zwecke verwendet werden solle. Der von der Monopolverwaltung zur Vermeidung von Schiebungen stark mit Karbolsäure versetzte Sprit wurde von dem Besitzer nach Antwerpen geschafft und von dort mit Hilfe von Mittelspersonen wieder nach Köln-Ehrenfeld, wo er durch ein besonderes Verfahren wieder von der Karbolsäure so weit befreit wurde, daß der Käufer nicht merken konnte, daß es sich um vergällten Sprit handelte. Ein ganzes Heer von Agenten sorgte dafür, daß der Sprit als Trinkbranntwein im Reich Absatz fand. Bisher beschlagnahmten die Polizeibehörden 240 000 Liter. In Köln wurden mehrere Personen verhaftet.

Großstadtelend. In Wilmersdorf-Berlin wurden die 41jährige Witwe Martha Sorgatz und ihr 19jähriger Sohn Ernst völlig erschöpft aufgefunden. In der Wohnung lag der Schutt einen halben Meter hoch, der bereits in Fäulnis übergegangen war. Der herbeigerufene Arzt ordnete die sofortige Ueberführung der beiden Erschöpften in das Krankenhaus an. Die Wohnung wurde von der Polizei versiegelt, um weitere Nachforschungen anstellen zu können.

Selbstmordversuch von Zwillingsschwestern. In Moabit (Berlin) waren zwei Zwillingsschwestern im Alter von 17 Jahren abends ausgegangen und spät am andern Morgen nach Hause gekommen. Es gab schwere Vorwürfe. Als der Vater die Wohnung verlassen hatte, öffneten die Mädchen die Gashähne. Man fand beide Schwestern bewußtlos vor, sich wurden nach dem Krankenhaus verbracht.

Schneefall in Italien. Den Blättern zufolge ist auf den Bergen in der Umgebung von Genua wieder dichter Schnee gefallen.

Schweres Grubenunglück. Auf der Zeche Oberhausen (Rheinland) 1/2 der Gutehoffnungshütte ereignete sich am Donnerstag morgen ein schweres Unglück, indem bei der regelmäßigen Seilfahrt der mit 35 Personen besetzte niedergehende Korb im Schachtsumpf auffiel. Von den darin befindlichen Bergleuten haben 6 den Tod gefunden, 13 wurden schwer, 18 leicht verletzt.

Großstadtelend. Nachdem die Witwe Sergatz, die mit ihrem Sohn in vollständig erschöpftem Zustand in ihrer Wohnung in Berlin-Wilmersdorf aufgefunden war, am Dienstag an Unterernährung gestorben ist, ist auch der 19jährige Sohn an den Folgen des wochenlangen Hungerns gestorben.

Todesurteil. Wegen Raubmords an seinem Wanderkameraden wurde der Zahntechniker Pfister aus Schnaitach bei Nürnberg zum Tod verurteilt.

Vom Schwurgericht in Koblenz wurde Heinrich Hermann aus Meisenheim wegen Mords an seinem Bruder Konrad Hermann und vorsätzlicher Brandstiftung zum Tod und acht Jahren Zuchthaus, seine Ehefrau wegen Beihilfe zum Mord und zur Brandstiftung zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt.

Mord und Selbstmord in der Autodroschke. In Berlin gab ein 22 J. a. amerikanischer Student, Goodrich in einem Auto auf eine 22jährige aus Detroit stammende Tänzerin einen Schuß ab und brachte sich dann selbst einen Kopfschuß bei. Er starb kurz nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus. Die Tänzerin ist ebenfalls ihren Verletzungen erlegen.

Dreifacher Selbstmord. In Berlin wurden der 50jährige bulgarische Staatsangehörige Werkmeister Iwan Georgeff, seine Ehefrau und seine Tochter in ihrer Wohnung mit Leuchtgas vergiftet aufgefunden. Aus hinterlassenen Briefen geht hervor, daß die Familie infolge Krankheit und wirtschaftlicher Not freiwillig aus dem Leben geschieden ist.

Diebstahl auf einem Berliner Postamt. In der Nacht zum Donnerstag wurde auf dem Postamt S. O. 36 in der Nähe des Görlitzer Bahnhofs ein Schrank, in dem bei Dienstschluß die Beamten die nichtausgegebenen Briefmarken u. d sonstigen Wertzeichen aufbewahrten, seines ganzen Inhalts beraubt. Der Betrag der gestohlenen Wertzeichen steht nicht fest.

Großfeuer in einer Magdeburger Zuckerfabrik. Donnerstag morgen gegen 7.30 Uhr brach in der Zuckerraffinerie E. C. Helle in Magdeburg ein Großfeuer aus, von dem zwei Speicher betroffen wurden. Menschenleben sind nicht in Gefahr. Der Sachschaden läßt sich noch nicht übersehen.

Schwere Explosion auf einem Fischdampfer. Nach Berichten aus Grimsby ist an Bord des englischen Fischdampfers Salmonby eine Explosion erfolgt, wodurch 11 Mann der 13 Mann starken Besatzung des Dampfers getötet wurden. Es steht noch nicht fest, ob es sich um eine Kesselexplosion handelt, oder ob der Dampfer auf eine Mine gelaufen ist.

Untergang eines brasilianischen Dampfers. Der brasilianische Dampfer Pacs de Carvalho geriet unterwegs in Brand und ist an der brasilianischen Küste gesunken. Der Kapitän, 11 Mann der Besatzung und 26 Reisende sind ums Leben gekommen.

Drei Familien unter Brandstiftungsverdacht. In Oswitz bei Breslau brannte ein von 4 Familien bewohntes Haus ab. Gegen drei Personen ist jetzt ein Verfahren wegen vorsätzlicher Brandstiftung eingeleitet worden. Anscheinend ist das Motiv der Tat die Erlangung der hohen Versicherungssumme.

*

Arbeitsgemeinschaft der Ruhestandsbeamtenvereine. Die Ruhestandsbeamtenvereine in Bayern (München), Baden (Karlsruhe), Hessen (Darmstadt), Württemberg (Stuttgart) haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft unter dem Namen Verband süddeutscher Ruhestandsbeamten-Vereinigungen zusammengeschlossen. Mitgliederstand rund 50 000. Die Geschäftsführung hat der Bayerische Pensionistenbund in München. Die Arbeitsgemeinschaft bezweckt Erlangung eines Vertretersitzes in Berlin, Anerkennung als Spitzenorganisation und gemeinsame Wahrung der Interessen der Ruhestandsbeamten, vornehmlich bei der Beamtengesetzgebung.

Fürsorge für Sozial- und Kleinrentner. Auf eine Kleine Anfrage im Landtag hat die Regierung geantwortet, daß die Fürsorge nicht abhängig gemacht werden soll von der Verwertung eines angemessenen Hausrats; dabei sind die bisherigen Lebensverhältnisse des Hilfsbedürftigen zu berücksichtigen. Auch sonst soll von der Verwertung des Vermögens und von der Sicherstellung des Ersatzes abgesehen werden, wenn dies eine besondere Härte für den Hilfsbedürftigen oder seine unterhaltsberechtigten Angehörigen wäre. Danach kann jetzt schon den Kleinrentnern die Rücksicht zuteil werden, die sie billigerweise verlangen können. Im übrigen werden sowohl im Fürsorgeausschuß als auch im Beschwerdeverfahren Vertreter der Kleinrentner mit beschließender Stimme zugezogen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Lokales.

Wildbad, 26. März 1926.

Fernsprech- und Telegraphendienst. Vom Postamt wird uns mitgeteilt: Für die Zeit vom 1. Juni bis 31. August jedes Jahres wird die Fernsprech- und Telegraphen-Dienstzeit beim Postamt täglich bis 11 Uhr nachmittags verlängert.

Neue Luftpostwertzeichen. Am 1. April, kurz vor Eröffnung des diesjährigen Flugverkehrs, wird mit dem Verkauf neuer Luftpostmarken zu 5, 10, 20, 50 ₰, 1 ℳ, 2 ℳ, 3 ℳ und neuer Luftpostkarten zu 15 ₰ begonnen. Das Markenbild der neuen Wertzeichen stellt einen von einer Felsenspitze zum Flug aufsteigenden Adler dar.

Eilbriefe rot durchkreuzen. Eilbriefe haben trotz der Aufschrift „Durch Eilboten zu bestellen" oft die Eigenschaft, daß sie nicht als Eilbriefe erkannt werden. Deshalb sollen sie ab 1. April außer durch den genannten Vermerk, durch ein liegendes Kreuz quer über die ganze Aufschrift hinweg gekennzeichnet werden. Es soll auch die Absicht bestehen, in den Schalterräumen der großen Postämter besondere Briefkasten für Eilbriefsendungen anzubringen.

Straßenhandel. Es besteht Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß Personen, die den Handel im Umherziehen ausüben, im Besitze eines Wandergewerbescheines bzw. eines Hausierscheins und eines Steuerheftes sein müssen. Die Polizei- und Steuerbeamten haben Weisung erhalten, künftig die Einhaltung dieser Vorschriften streng zu überwachen, um den „wilden" Handel, durch den besonders auch die ihre Abgabe entrichtenden Wandergewerbetreibenden geschädigt werden, möglichst auszuschalten.

Ablauf der Frist für die Anmeldung von Reichsanleihe alten Besitzes. Am 31. März 1926 läuft die Frist für die Anmeldung von Reichsanleihe alten Besitzes ab. Die Anmeldung muß bei einer Bank, Sparkasse oder Genossenschaft bis zu diesem Termin auf dem vorgeschriebenen Formular erfolgen. Die Frist wird nicht verlängert. Nach Ablauf der Frist können auch für Altbesitzanleihen nur noch die Rechte der Neubesitzer verlangt werden.

Handel und Verkehr

Berliner Dollarkurs, 25. März 4.20. Dollarschatzscheine 99.80. Kriegsanleihe 0,46. Franz. Franken 139 zu 1 Pfd. St., 28.64 zu 1 Dollar.

Berliner Geldmarkt, 25. März. Tägl. Geld 4,5—6, Monatsgeld 6—7,5. Warenwechsel 6, Privatdiskont 5. H.

Stuttgart, 24. März. Württ. Sparkassen-Giroverband. In der Jahresversammlung des Württ. Sparkassen-Giroverbands erstattete der Verbandsvorsitzende, Minister a. D. Dr. Schall, den Geschäftsbericht. Er betonte dabei das Bestreben des Verbands, die Zinsen zu senken und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen werde, eine einheitliche Regelung der Zinssätze bei allen Kassen herbeizuführen. Als eine der nächsten Aufgaben des Verbands bezeichnete er die Einführung von Bausparkonten, um den Kunden der Sparkassen die Erbauung eines Eigenheims mit Hilfe der Sparkassen zu ermöglichen. Die Spareinlagen haben im Januar und Februar d. J. einen Zuwachs von 13 Millionen Mark erfahren. Zur Deckung des Geldbedarfs der Gemeinden und Gemeindeverbänden wurde die Aufnahme einer Anleihe von 25 Millionen Mark beschlossen, von denen zunächst 15 Millionen Mark aufgelegt werden sollen.

*

Stuttgarter Börse, 25. März. Die Börse hat sich heute von der gestrigen vorübergehenden Abschwächung wieder erholt. Besonders für die kleineren Kassa-Werte zeigte sich Interesse, wobei die Kurse zum Teil prozentweise anzogen. Zum Schluß bleibt man in unverändert fester Haltung. Auf dem Rentenmarkt entwickelte sich in Vorkriegs-Pfandbriefen ein lebhaftes Geschäft. 8prozentige Goldpfandbriefe waren auch heute wieder ohne jedes Angebot zu 98 gefragt. 5prozentige Reichsanleihe notierte 0,375.

Württ. Vereinsbank, Filiale der Deutschen Bank.

Mannheimer Produktenbörse, 25. März. Trotz der niedrigen Auslandskurse hielt die Kauflust am heutigen Markt bei wenig veränderten Preisen an. Man verlangt für die 100 Kilogramm bahnfrei Mannheim ohne Sack: Weizen inl. 26,75—27,25, ausl. 29,5—32.25, Roggen inl. 18 25—18,50, ausl. nom. Braugerste 21 bis 24, Futtergerste 15.75—17, Hafer inl. 18—19,4, ausl. 18,50 bis 21,25, Mais mit Sack 17.75—18. Weizenmehl Spezial 0 40,25 bis 40 50, Weizenbrotmehl 26—30, Roggenmehl 27—28, Kleie 9,25—9,50.

Berliner Getreidepreise, 25. März. Weizen märk. 26.10—26.50, Roggen 15.60—16.10, Wintergerste 13.80—15.30, Sommergerste 17—19.30, Hafer 16.50—17.70, Weizenmehl 33.25—36.50, Roggenmehl 23—25, Weizenkleie 10,50—11.00, Roggenkleie 9.60—10.

Allgäuer Butter- und Käsepreise, 24. März. Butter erster Güte 1.72 (1.67), zweiter Güte 1,60 (1,55), Weichkäse 0.29—0.32 (0,31 bis 0,34), Allgäuer Emmentaler 1.05—1.25 (unverändert). Tendenz stetig.

Württ. Edelmetallpreise, 25. März. Feinsilber Grundpreis 91, dto. in Körnern 90.50—91, Feingold 2800—2810, Export-Platin 14.40—15.

Märkte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt. Dem heutigen Markt im Stuttgarter Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 15 Ochsen, 20 Bullen, 100 Jungbullen, 81 Jungrinder, 29 Kühe, 205 Kälber, 760 Schweine, 1 Schaf, die sämtlich verkauft wurden. Verlauf des Marktes bei Kälbern belebt, sonst langsam. Preise für 1 Pfund Lebendgewicht in Goldpfennigen:

Ochsen: ausgemästete Tiere	44—47	Kälber feinste Mast- u. beste Saugkälber	80—82
vollfleischige Tiere		mittlere Mast- und gute Saugkälber	73—79
fleischige Tiere	31—41	geringe Kälber	60—70
gering genährte Tiere	—	Schafe: Mastlämmer u. jüng. Hämmel	
Bullen: ausgemästete Tiere	44—45	Weidemastschafe geschlachtet mit Kopf	78—82
vollfleischige Tiere		vollfleischiges Schafvieh geschlachtet mit Kopf	50—70
fleischige Tiere	39—43	Schweine: über 240 Pfund:	80—81
gering genährte Tiere	—	von 200—240 Pfd.	79—80
Jungrinder: ausgem. Rinder	50—53	dto. von 160—200 Pfd.	77—78
vollfleischige Rinder		dto. fleisch. v. 120—160 Pfd.	73—76
fleischige Rinder	43—48	dto. unter 120 Pfd	
gering genährte Rinder	36—40	Sauen	60—70
Kühe: ausgemästete Kühe	30—40		
vollfleischige Kühe			
fleischige Kühe	18—28		
gering genährte Kühe	12—17		

Heilbronn, 24. März. Schlachtviehmarkt. Zufuhr: 68 Jungrinder, 20 Kühe, 60 Kälber, 170 Schweine. Erlös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Jungrinder 1. 48—50, 2. 40—44, Kühe 1. 20—30, 2. 13—20, Kälber 1. 78—80, 2. 72—74, Schweine 1. 77 bis 79, 2. 70—73 Mark. Marktverlauf schleppend.

Mögglingen OA. Gmünd, 25. März. Limpurger Zuchtviehmarkt. Beim ersten Limpurger Zuchtviehmarkt wurden erlöst für Farren 650—800 ℳ, für weibliche Tiere 450—500 ℳ. Es waren zahlreiche Käufer anwesend.

Ulm, 24. März. Pferdemarkt. Zufrieb 340 Pferde. Preise: jüngere schwere Pferde 1100—1400, mittelschwere 900—1200, Fohlen 2jährig 500—700, 1jährig 300—400, Schlachtpferde 70—150 ℳ.

Stadt Wildbad.

Nadelstammholz-Verkauf

Am **Samstag, den 3. April 1926, vormittags 9½ Uhr** auf dem Rathaus in Wildbad aus Stadtwald Meistern, Leonhardswald, Sommerberg, An der Linie kommen zum Verkauf in schriftlichem Aufstreich:

176 Fi, 728 Ta, 451 Fo mit Fm. Langholz: Norm. I. Kl. 62, II. Kl. 219, III. Kl. 269, IV. Kl. 135, V. Kl. 98, VI. Kl. 19. Ausschuß: I. Kl. 38, II. Kl. 85, III. Kl. 96, IV. Kl. 30, V. Kl. 11,

6 Fi, 60 Ta, 53 Fo mit Fm. Sägholz: Norm. I. Kl. 7, II. Kl. 29, III. Kl. 19. Ausschuß: I. Kl. 13, II. Kl., 16, III. Kl. 7.

Bedingungslose Angebote in ganzen Prozenten der Landesgrundpreise 1926 ausgedrückt und mit der Aufschrift „Gebot auf Nadelstammholz" versehen sind bis Samstag, den 3. April 1926, vormittags 9½ Uhr bei dem Stadtschultheißenamt einzureichen. Eröffnung der Gebote zu dieser Zeit auf dem Rathaus. Verkaufsbedingungen und Losverzeichnisse durch die Stadtpflege. Bahnstation Wildbad. Entfernung der Schläge zur Bahn: 2—6 Km.

Stadtschultheißenamt.

Brennholz-Beifuhr.

295 Rm. Nadelholz-Anbruch vom Forstbezirk Wildbad auf Bahnhof Wildbad wird **vergeben.** Bedingungen einzusehen bei der Bahnstation Wildbad, wo die Angebote spätestens bis 30. März d. J. abzugeben sind.

Der Höchstgewinn

für gehabte Mühe wird Ihnen an Früchten zufallen, wenn Sie sich zum Anbau von Gemüse- und anderen Feldpflanzen unserer

Sämereien

bedienen. Für beste **Qualität** des von uns gekauften Saatgutes verbürgt die bestbekannte Firma Schröder, Salzwedel.

A. & W. Schmit, Medicinal-Drogerie.

Union-Briketts

In den nächsten Tagen eintreffend und nimmt zu den billigsten Preisen, frei vors Haus, noch Bestellungen entgegen.

G. Faas.

Versuchen Sie Ihr Glück

Große Geld-Lotterie

zugunsten der Kirche in Bitz — Ziehung 28. April

Die beliebte württembergische

Geld- und Pferde-Lotterie

zugunsten der Pferdemärkte und zur Hebung der württembergischen Pferdezucht — Ziehung 12. Mai

Mannh. Fürsorge-Lotterie

Ziehung am 28. Mai 1926

Preis des Loses je 1 Mark

Losbriefe! Sofort. Gewinnentscheid Preis 1 Mark **Losbriefe!**

Zu beziehen in der Tagblatt-Geschäftsstelle.

Dr. Schnizer

Facharzt für Nerven- u. Gemütskrankheiten

Sprechstunde: Werktags 3—4 Uhr (außer Samstag).

Parkstr. 102 (Kuranstalt).

Keine Kassenpatienten.

Für Ostern!

Bestellungen auf

gefärbte Eier

nimmt entgegen **Linder's Delikat.-Geschäft.**

Gasthaus zur „Eintracht".

Morgen Schlachttag.

Thalia-Theater Calmbach im Kronensaal

Donnerstag, 25., Freitag, 26., Samstag, 27. und Montag, 29. März, abends 8.15 Uhr
Sonntag, den 28. März
Anfang 3.00, 5.30 u. 8.15 Uhr

Das schönste Filmwerk, das je gezeigt wurde!

Grüß' mir das blonde Kind am Rhein

Ein Film aus Rheinlands freudigen und ernsten Tagen.

Rheinland!
Land unserer Freude,
Land unserer Träume,
Land unserer Hoffnung!

Als Beiprogramm:

Jimmy Aubrey im Schneesturm

Ein Lustspiel zum Tränenlachen in zwei Akten.

Hauptrolle: Jimmy Aubrey.

Terra-Gaumont-Woche

bringt stets, was in der Welt passiert.

Bestes Streichorchester.
Leitung: Herr Köhler-Pforzh.

Wegen großem Andrang wollen die Werktags-Vorstellungen besucht werden.

2 junge, gebildete Damen aus guter Familie (Freiburgerinnen) **suchen** für die kommende Saison **Stellung** in besserem Café oder Restaurant. Gefl. Offerten an die Tagblattgeschäftsstelle erbeten.

Junger Mann, 22 Jahre alt, **sucht** per sofort oder später **Stellung als Hausdiener** in Hotel oder Pension. Angebote an die Tagblattgeschäftsstelle erbeten.

Ein Mann mittleren Alters **sucht Stellung** als Hausdiener, Taglöhner, Gartenarbeiter, Anlagenarbeiter, Heizer oder dergleichen. War schon 15 Jahre als Hausdiener tätig und schon längere Zeit als Taglöhner. Sehe nicht auf hohen Verdienst. Zu erfragen in der Tagblatt-Geschäftsstelle.

2 möblierte

Zimmer,

mit Küche, für Ehepaar, auf 4 Monate **zu mieten gesucht.** Angeb. m. Preisangabe an: **Egid Torriff,** Stadt-Theater, Heilbronn.

Kitz-Felle

kauft fortwährend zu den höchsten Preisen

Karl Rometsch,
Kürschner.

Kinderwagen und Klappwagen

neueste Muster, sind eingetroffen

und empfiehlt zu äußerst billigem Preise

Wilhelm Treiber, Korbmacher.

Liederkranz Wildbad.

Am Samstag, den 27. d. Mts., abends 8 Uhr, findet im Saale des **Bahnhofhotels** eine

außerordentliche Generalversammlung

statt.

Tagesordnung:

1) Eintragung des Vereins ins Vereinsregister.
2) Verschiedenes.

Anträge hiezu wollen schriftlich oder mündlich beim Vorstand bis spätestens Freitag abend eingereicht werden.

Der Ausschuß.

Im Anschluß daran findet im selben Lokal eine **Ausschußsitzung** statt.

Der Vorstand.

Welch Edeldenkender leiht Schwerkriegsbeschädigtem

2000 Mark

zur Berufsumschulung.

Offerten unter „Kriegsbeschädigter" an die Exped. ds. Bl.

Jahrgang 1906!

Sämtliche Kameradinnen und Kameraden **Samstag abend ½9 Uhr im „Grünen Hof"** betr. 20er Feier.

Der Vorstand.

Baumwachs

kaltflüssig

wieder in Frieden-Qualität.

Med.-Drogerie A. & W. Schmit.

Radfahrer-Verein „Schwarzwald" Wildbad e. V.

Am **Sonntag, den 28. März 1926** findet eine

Ausfahrt

statt. Näheres wird am Samstag abend bei der Reigenprobe in der Turnhalle bekannt gegeben, wozu sämtliche Fahrer und Fahrerinnen zu erscheinen haben.

Der Saalfahrwart.

Wiederholte Inserate haben besten Erfolg!

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw